

#### Staatskanzlei

Der Regierungssprecher

Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Telefon 0331 / 866 – 12 51  
Telefax 0331 / 866 – 14 16

presseamt@stk.brandenburg.de  
www.brandenburg.de

#### Michaela Burkard

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3  
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16  
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

michaela.burkard@lakd.brandenburg.de  
www.aufarbeitung.brandenburg.de

## Pressemitteilung Nr. 19 vom 27. August 2019

### Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze: Brandenburg fordert bessere Unterstützung für ehemals politisch Verfolgte

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, **Dr. Maria Nooke**, und der Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund, **Thomas Kralinski**, machten heute in einem gemeinsamen Pressetermin deutlich, wie die soziale Lage ehemals politisch Verfolgter in der SBZ/DDR verbessert werden kann.

Anlass ist der „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“, über den aktuell im Bundestag beraten wird. Der Gesetzentwurf sieht die notwendige Aufhebung der Antragsfrist für alle Rehabilitierungen vor. Außerdem wird der Versuch unternommen, Beweiserleichterung zur Rehabilitierung ehemaliger DDR-Heimkinder einzuführen. Aus Sicht der Brandenburgischen Landesbeauftragten werden durch diesen Vorschlag keine tatsächliche Verbesserung erreicht, sondern neue Probleme geschaffen. Die Verbesserung der sozialen Situation vieler ehemals politisch Verfolgter sieht der Gesetzesentwurf nicht vor. Im Vorfeld hatte der Bundesrat in einer Initiative acht konkrete Gerechtigkeitslücken aufgezeigt und die Bundesregierung um deren Prüfung gebeten. Das wurde im aktuell diskutierten Gesetzentwurf nicht aufgegriffen; Nooke und Kralinski fordern deshalb Nachbesserungen.

Dr. Maria Nooke informierte über die Erfahrungen aus der langjährigen Beratungsarbeit der Landesbehörde. Diese zeigen, dass ein großer Teil der Betroffenen sich bis heute in gesundheitlich und sozial schwierigen Lebenssituationen befindet. 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution fordert Nooke, die Unterstützung aller ehemals politisch Verfolgten durch eine verstetigte Unterstützung grundlegend zu verbessern. „Es ist eine widersprüchliche Botschaft, wenn einerseits an Gedenktagen regelmäßig an diejenigen erinnert wird, die sich mutig für demokratische Veränderungen eingesetzt haben, manche gar ihr Leben riskierten, es andererseits aber an Verständnis und ausreichender Unterstützung fehlt“, so Nooke.

Seit Langem bemüht sich das Land Brandenburg darum, ehemals politisch Verfolgte besser zu unterstützen. Staatssekretär Thomas Kralinski erläuterte das bisherige Engagement des Landes: So hat Brandenburg als erstes Bundesland einen Härtefallfonds eingeführt, der Betroffene in besonderen Notsituationen Unterstützung bietet. Kralinski betonte aber auch, dass bundesweite Lösungen notwendig sind: „Noch immer erhalten nicht sämtliche von einer politischen Verfolgung in der DDR

Betroffenen gleichermaßen und im ausreichenden Umfang einen sozialen und finanziellen Ausgleich für das erlittene Unrecht und die daraus resultierenden Folgen. Das wollen wir ändern. Dazu haben wir bereits in 2018 erfolgreich einen umfangreichen Antrag in den Bundesrat eingebracht. Diese Forderungen sind im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze weiterhin aktuell. Wir bleiben dran.“

Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr ein neues Gesetz verabschieden. Nach einer ersten Lesung am 28. Juni im Bundestag, findet am 11. September im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz eine Anhörung statt. Dr. Maria Nooke ist als Sachverständige eingeladen.